

StOAR Idel stellt den Haushaltsentwurf 2020 und das Investitionsprogramm 2021 - 2023 vor. Anhand einer Tischvorlage erläutert StOAR Idel ergänzend, dass mit verminderten Gewerbesteuereinnahmen für das Jahr 2020 und die Folgejahre zu rechnen ist. Unter Berücksichtigung der daraus folgenden Änderungen beim Finanzausgleich und bei der Kreisumlage verringert sich der geplante Überschuss auf 6.725,00 €.

Auf Nachfrage von RM Heyden, ob sich die Grundsteuerreform aufkommensneutral verhalten wird, teilt StOAR Idel mit, dass sich dahinter eine sehr komplexe Berechnung verbirgt und man das noch nicht genau sagen kann. Sofern mögliche Auswirkungen bekannt werden, wird hierüber berichtet. Eine Umsetzung erfolgt federführend über die Finanzämter frühestens zum 01.01.2025.

BM Böhling ergänzt, dass grundsätzlich das Ziel bei der Grundsteuerreform besteht, dass diese aufkommensneutral erfolgen soll.

RM Striegl führt an, dass der 1. Haushaltsentwurf mit einem minimalen Überschuss sehr bedenklich gesehen wird und dadurch so gut wie kein Handlungsspielraum besteht. Dazu müsste im Haushalt noch der geforderte Masterplan Berücksichtigung finden. Ebenfalls wird der hohe und wachsende Schuldenstand sehr kritisch beäugt. Ziel muss es auch sein, schnellstmöglich das Gewerbegebiet Branterei zu erweitern und Einwohner zu bekommen um somit laufende Einnahmen zu generieren.

RM Bruns fragt an, ob die erhaltenen Förderbescheide zeitlich befristet sind.

Hierzu teilt BM Böhling mit, dass dieses lediglich den Förderbescheid über 1 Mio. € für die Bücherei betreffen kann, mit der Maßnahme aber zeitnah begonnen wird.

RM Eggerichs weist darauf hin, dass die Zahlen im Haushalt die Grundlage der politischen mehrheitlich gefassten Beschlüsse sind.

RM Ottens teilt mit, dass der Rückgang der Gewerbesteuer zwar ärgerlich ist, dieses der Stadt Schortens aber nicht das Genick brechen wird. Insgesamt wird die Haushaltssituation der Stadt nicht so besorgniserregend gesehen.

BM Böhling erläutert, dass es bei den Schulden darauf ankommt, was für Zins und Tilgung aufgewendet werden muss. Der niedrige Zinssatz ist hier überwiegend langfristig gesichert. Bei der Gewerbesteuer stellt es sich so dar, dass von einem € Gewerbesteuer lediglich ca. 0,20 € bei der Kommune verbleiben. Ebenfalls wurden für den Kita-Bereich mögliche weitere Einnahmen noch nicht im Haushalt eingeplant.

RM Homfeldt merkt an, dass sich die Stadt Schortens insgesamt heterogener aufstellen muss. Weiterhin weist auch RM Homfeldt darauf hin, dass der Schuldenstand zunehmend ansteigt. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang auch, dass die konjunkturelle Delle die Stadt Schortens bisher noch nicht erreicht hat. Der bestehende Investitionsstau und neue Investitionen – wie beispielsweise beim Bürgerhaus – werden vor einem her geschoben. Aus diesem Grund ist der Masterplan mit sämtlichen Investitionen zwingend erforderlich. Die Investitionskosten und laufenden Kosten (für Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben) steigen stetig an. Eine durchweg positive Einschätzung zum Haushalt kann daher nicht geteilt werden.

RM Eggerichs gibt zu bedenken, dass die personellen Kapazitäten in den einzelnen Fachbereichen begrenzt sind. Ebenfalls fällt im Investitionsprogramm 2022 der geringere Zuschuss in Höhe von etwa 600.000,00 € für die Sanierung der Sporthalle Sillenstede sehr ins Gewicht. Aus diesem Grund erscheint es nicht immer gut einen möglichen Zuschuss voll im Haushalt darzustellen.

BM Böhling verweist hinsichtlich der Weiterentwicklungsmaßnahme Bürgerhaus auf die Vorgaben eines EU-Vergabeverfahrens. Dieses Verfahren dauert eine gewisse Zeit, sodass die Maßnahme geschoben werden muss. Weiterhin befindet sich der Haushalt in einem stetigen Fluss. So waren beispielsweise für das Haushaltsjahr 2020 Whiteboards an den Grundschulen vorgesehen. Diese Whiteboards wurden nun gestrichen und durch den Digitalpakt ersetzt.

RM Homfeldt verdeutlicht, dass sich die CDU-Fraktion bereits vor einigen Jahren für mehr Personal ausgesprochen hat. In der Vergangenheit wurden vermehrt Aufträge an Fachbüros erteilt. Hinzu kommt, dass das Thema „Straßensanierung“ noch offen ist. Aus den vorgenannten Gründen resultiert daher der Vorschlag nach einem „Plan über Alles“.

Nach kurzer weiterer Diskussion zum Thema „Fachkräfte“ ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung: